

**Die Junge Union Südbaden fordert die künftige Bundesregierung dazu auf, einen „Staatsminister für Digitalpolitik“ zu schaffen.**

Beschluss der Jungen Union Südbaden am 23./24. Februar 2018

Die Digitalisierung spielt eine immer größer werdende Rolle. Zurecht bildet das Thema im aktuellen Koalitionsvertrag einen zentralen Schwerpunkt.

Denn noch immer hinkt Deutschland hinter dem Standard, den andere europäische Länder setzen, hinterher. Im ländlichen Raum ist eine ausreichende Glasfasernetzverbindung noch immer die Ausnahme. Dabei gehört schnelles Internet mittlerweile zu einem zentralen Standortfaktor für Unternehmen und Privathaushalte. Abwanderung größerer Firmen in Ballungsgebiete oder gar ins Ausland stellen eine logische Folge dar.

Längst geht es bei der Digitalisierung nicht nur um den Glasfaserausbau. Auch die Bildung an Schulen und Universitäten und die Arbeitswelt stehen schon in Mitten eines Wandels. Die Digitalisierung ist eine Querschnittsaufgabe. Schon im Oktober 2010 forderte die JU Südbaden das Einrichten eines „Internet-Staatsministers“, bei dem die ganze Breite des Themas zusammenlaufen solle. Nicht nur die CDU Deutschlands griff diese Forderung in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 auf, sondern auch SPD, FDP und Grüne schrieben der Digitalisierung einen hohen Stellenwert in ihren Wahlprogrammen zu. Umso erstaunlicher ist es nun, dass man sich im aktuellen Koalitionsvertrag erneut nicht auf das Einrichten eines Staatsministers für Digitalpolitik einigen konnte.

Die Junge Union Südbaden fordert daher die künftige Bundesregierung dazu auf, wie geplant einen „Staatsminister für Digitalpolitik“ zu schaffen und somit dem Thema die nötige Stellung zu verschaffen.